



3. Voranschlag 2014 / Genehmigung GR Geschäft-Nr. 215/2013

Gemeinderatspräsident Dominic Müller (CVP) erklärt den Verhandlungsablauf sowie das Abstimmungsverfahren. In der Eintretensdebatte wird zuerst das Eintreten oder Nichteintreten beschlossen. Bei Eintreten wird anschliessend die Detailberatung durchgeführt. Wenn in der Detailberatung zu den einzelnen Abschnitten in der Laufenden Rechnung sowie in der Investitionsrechnung keine Anträge gestellt werden, gelten sie als genehmigt. Über die Abschreibungstabelle und den Bericht des Stadtrates zum Voranschlag finden keine Detailberatungen statt, da die entsprechenden Zahlen Bestandteil der Laufenden Rechnung bzw. der Investitionsrechnung sind. Nach der Detailberatung über die Laufende Rechnung und über die Investitionsrechnung findet jeweils eine Zwischenabstimmung über die bereinigte Laufende Rechnung bzw. über die bereinigte Investitionsrechnung statt. Anschliessend findet die Beratung über die Höhe des Steuerfusses und dessen Festlegung statt. In einer Schlussabstimmung wird dann gesamthaft über die Annahme bzw. Ablehnung des Voranschlages abgestimmt. Gegen dieses Vorgehen werden auf Nachfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände erhoben.

a) Eintretensdebatte

Referat GRPK Hans-Felix Trachsler (SVP)

„Die Behandlung des Voranschlages 2014 gliedere ich wie in den Vorjahren in eine Eintretensdebatte und in eine Detailberatung. In der Eintretensdebatte kommen zur Sprache:

1. Einleitende Gedanken Präsident GRPK
2. Eckwerte Voranschlag 2014
3. Laufende Rechnung
4. Investitionsrechnung
5. Gesamtbeurteilung Voranschlag 2014

Detailberatung

Die Detailberatung umfasst:

1. Anträge GRPK Laufende Rechnung
2. allfällige Anträge aus dem Gemeinderat
3. Steuerfuss
4. Schlussabstimmung

Einleitende Gedanken Präsident GRPK

Seit der Bildung des Gemeinderates Dübendorf im Jahr 1974 sind die Wochen im Herbst jeweils für die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission eine intensive Zeit, so auch in diesem Jahr. Es galt, den Voranschlag der Stadt Dübendorf für das neue Jahr zu sichten, Entwicklungen zu hinterfragen, neue Tendenzen zu verstehen und die Gedanken des Stadtrates und der Verwaltung nachzuvollziehen. Wir haben die verantwortungsvolle Aufgabe mit Elan, Freude und Respekt in Angriff genommen. An zwei GRPK-Sitzungen erarbeiteten wir einen umfassenden Fragekatalog, der dem Stadtrat und der Verwaltung zur Beantwortung weitergeleitet wurde. Die Antworten des Stadtrates waren in diesem Jahr von wesentlich besserer Qualität. Prägnant und präzise formuliert und klar in der Aussage, so dass sich die Zahl unserer Anschluss- und Ergänzungsfragen markant reduzierte. Der persönliche Gedankenaustausch mit einer Delegation des Stadtrates am 18. November 2013 rundete die Bearbeitung des Voranschlages 2014 ab. Persönlich habe ich diese Sitzung als wertvoll und wichtig empfunden; das Gespräch fand in sehr offener Atmosphäre statt, die von Vertrauen und gegenseitigem Respekt für die unterschiedlichen Aufgaben geprägt war. Anschliessend diskutierte die GRPK mögliche Änderungsanträge zum Voranschlag 2014. Die vorberatende Kommission ist im Grundsatz mit dem Voranschlag 2014 einverstanden und beantragt im Einverständnis und in enger Kooperation mit der Exekutive lediglich drei Änderungen. Dabei geht es primär um die Korrektur von Budgetierungsfehlern und um die Aufnahme von Aufwendungen, die erst nach Verabschiedung des



Voranschlags durch den Stadtrat bekannt wurden. An dieser Stelle bedanke ich mich im Namen der GRPK beim Stadtrat und bei den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung für die grosse Arbeit rund um die Bearbeitung des Voranschlags 2014 und die hilfreiche Zusammenarbeit, die von Offenheit geprägt ist.

Präsidiale Gedanken

In den vergangenen Jahren war in meinen Ausführungen zu Rechnung und Voranschlag häufig von der Tiefbauabteilung die Rede. Meistens hatte ich mahnende und kritische Worte mitzuteilen. Doch in diesem Jahr ist es eine erfreuliche Mitteilung: Die GRPK stellt bei der Analyse der Voranschlags-Daten im Tiefbaubereich im Vergleich mit früheren Jahren eine markante Verbesserung der Arbeit fest. Die Angaben sind mehrheitlich konsistent und plausibel. Die GRPK ermuntert den Tiefbauvorstand, diesen Pfad der Voranschlags-Erarbeitung und der Rechnungslegung fortzusetzen. Allerdings wäre es schön, wenn die Aussagekraft der Abweichungsbegründungen noch markant verbessert werden könnte. Ideal wäre es, wenn der verantwortliche Kadermitarbeiter bei der Erarbeitung der Begründungen die Brille des Aussenstehenden aufsetzen würde und sich dabei immer die Frage stellt: was muss der Leser wissen, damit er die Begründung inhaltlich versteht und sie für ihn plausibel und nachvollziehbar ist. Klare, verständliche und auch richtige Begründungen helfen, den Aufwand bei der Bearbeitung des Voranschlags durch die GRPK auf allen Stufen markant zu reduzieren. Zur Illustration mag die Erhöhung des Aufwandes für den baulichen Unterhalt des Grün- und Erholungsraumes um Fr. 21'500 auf neu Fr. 90'000 dienen. Die wenig aussagekräftige Begründung führte zu einer GRPK-Frage, die aufgrund der oberflächlichen schriftlichen Antwort erst in der Schlussrunde vom Stadtrat ausreichend beantwortet wurde, obwohl die Kostensteigerung von der Sache her problemlos ist. Einmal mehr verursacht die Altpapiersammlung durch die Vereine Stirnrunzeln und Sorgenfalten in der GRPK: Bekanntlich ist die aktuelle Handhabung der Vereinsentschädigung für die Altpapiersammlung nicht mehr durch den seinerzeitigen Volksabstimmungsentscheid gedeckt, wie wir dies bei der Bearbeitung der Jahresrechnung 2012 im letzten Sommer zweifelsfrei festgehalten haben. Bei der Bearbeitung der Jahresrechnung 2012 sicherte der Stadtrat zu, den Sachverhalt genau zu beurteilen und dem zuständigen Organ eine neue Vorlage zum Entscheid zu unterbreiten. Heute stellen wir fest, dass die Pendenz nach wie vor besteht. Die nötigen Arbeiten haben beim zuständigen Tiefbauvorstand offenbar nicht die nötige Aufmerksamkeit gefunden. Die GRPK hofft, dass das Anliegen selber nicht zum Altpapier wird. An und für sich müssten wir, um den Handlungsbedarf des Stadtrates zu unterstreichen, eine Aufwandskürzung beantragen. Um die Vereine für diese Unzulänglichkeit aber nicht zu bestrafen, verzichtet die GRPK auf einen Kürzungsantrag in diesem Voranschlag. Sollte aber das Thema im neuen Jahr nicht zweckmässig erledigt werden können, wird die GRPK im Zusammenhang mit dem Voranschlag 2015 definitiv einen Kürzungsantrag stellen. Einmal mehr fällt die Aufwandentwicklung im Schulbereich stark ins Gewicht: Die Stadt Dübendorf rechnet fürs neue Jahr mit einer Zunahme der Aufwendungen um Fr. 1,75 Mio. auf neu Fr. 29,87 Mio. Aufgrund des hohen Kostenanteils der Schule am Gesamtaufwand nahm die GRPK in diesem Jahr den Schulbereich etwas näher unter die Lupe. Die offenen Fragen wurden zur Zufriedenheit der beratenden Kommission beantwortet. Allerdings verdienen es folgende Entwicklungen etwas näher kommentiert zu werden: Die Aufgabenaufteilung in der Primarschule zwischen Kanton und Gemeinde scheint uns etwas unglücklich zu sein. Der Kanton legt die Löhne für die Lehrkräfte und die Anzahl der Stellen fest, und trägt lediglich 20 % der Kosten, womit die Einflussnahme der Primarschulpflege Dübendorf eng begrenzt ist. Die Ausführungen der Schulpflegepräsidentin, wonach das Abrechnungssystem der Lehrerbesoldungen intransparent und kompliziert sei, machen uns hellhörig. Allerdings stuft Edith Jöhr die Lehrerbesoldung als operative Aufgabe ein. In der Schulverwaltung sei in diesem Bereich ein enormes Detailwissen vorhanden. Der Finanzvorstand Martin Bäumle überprüft die Budgetzahlen der Primarschule mit statistischen Methoden, da für ihn der grösste Aufwandsposten der Primarschule eine Blackbox ist. Ich denke, dass da die Dübendorfer Kantonsräte gefordert sind, auf kantonaler Ebene Einfluss zu nehmen, um die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden zu optimieren. Es kann doch nicht sein, dass der Kanton die Lehrerentschädigung bis ins Detail regelt und sich nur mit 20 % an den Aufwendungen beteiligt. Auch wenn die Investitionen in die Bildung für unsere Gesellschaft vital ist, darf die Aufwandentwicklung im Mehrjahresvergleich nicht ausser Acht



gelassen werden. In diesem Zusammenhang darf auch nicht vergessen werden, dass im Bereich der Schulliegenschaften in den nächsten Jahren bedeutende Erneuerungsvorhaben anstehen. Bis heute trägt die Primarschule erstaunlicherweise die Kosten der Sekundarschüler, welche an der regionalen Musikschule Unterricht erhalten. Die Präsidentin der Primarschulpflege sicherte zu, diesen Aspekt mit dem Präsidenten der Sekundarschule zu klären und eine neue Lösung zu erarbeiten.

Eckwerte Voranschlag 2014

Laufende Rechnung 2014

Die Laufende Rechnung 2014 sieht bei einem Aufwand von Fr. 154,3 Mio. und einem Ertrag von Fr. 151,61 Mio. einen Aufwandüberschuss von Fr. 2.682 Mio. vor werden. Erneut steigt der Nettoaufwand um knapp 4.16 % auf Fr. 73.76 Mio. an. Im Vergleich mit dem Vorjahr fallen besonders die Aufwandszunahme netto bei der Primarschule + Fr. 1,75 Mio., im Sozialbereich + Fr. 0,6 Mio. ins Gewicht. Auch der Sachaufwand steigt um 1.47 % gegenüber dem Vorjahr etwas stärker als die Inflation. Verschiedenste Bereiche tragen zur Aufwandentwicklung bei.

Investitionsrechnung 2014

Im neuen Jahr sind Netto-Investitionen über rund Fr. 15.5 Mio. vorgesehen. Ich zähle folgende grössere Vorhaben auf:

Alterszentrum:	0,7 Mio.
Tiefbau:	4,2 Mio. (Knoten Zürich/Höglerstrasse, generelle Vorhaben)
Neubau Bauhof	4,2 Mio.
Primarschule:	2,0 Mio.

Bekanntlich ist die Investitionsrechnung im Voranschlag nur als grobe Orientierungshilfe gedacht, da die Projektumsetzung aus verschiedenen Gründen zeitlich häufig verzögert zur Umsetzung gelangt. Im laufenden Jahr werden beispielsweise nur rund 75 % der vorgesehenen Investitionsvorhaben auch konkret umgesetzt. Die Finanzkraft der Stadt Dübendorf verbesserte sich im Mehrjahresvergleich markant, die Schulden wurden deutlich abgebaut, so dass nun wieder Spielraum besteht, die seit langem vorgesehenen Projekte zielgerichtet zur Ausführungsreife zu entwickeln.

Gesamtbeurteilung Voranschlag 2014

Die GRPK stellte bei ihrer Arbeit fest, dass der Voranschlag 2014 gesamthaft sorgfältig erarbeitet worden ist. Die Stadt geht sinnvoll mit den öffentlichen Mitteln um. Der Sachaufwand entwickelt sich leider wesentlich stärker als die Teuerung, was im neuen Jahr weiterhin eine enge Begleitung durch die Exekutive und der Leitung der Stadtverwaltung erforderlich macht. Die GRPK erwartet, dass neue Aufgaben nur nach fundierter Überprüfung in Angriff genommen werden. Die vorberatende Kommission ist mit dem zur Diskussion stehenden Voranschlag einverstanden. Im Rahmen der Detailberatung stelle ich nur drei Änderungsanträge, die in Absprache mit dem SR erfolgen und den Charakter von Budgetkorrekturen haben. Ich beantrage im Namen der GRPK Eintreten auf den Voranschlag 2014.“

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine.

Stellungnahme Stadtrat Martin Bäumle

Der Finanzvorstand erklärt aufgrund seiner PowerPoint-Präsentation folgende Entwicklungen:

- Aufwandentwicklung und Landesindex ab 1986
- Aufwandentwicklung und Aufwand/Einwohner ab 1985
- Nettoaufwand und Schülerzahlen der Primarschule ab 1990
- Sozialaufwendungen ab 1993
- Nettoinvestitionen ab 1986
- Steuern ab 1989
- Steuereffussbereinigte Steuern (lineare Regression) ab 1990
- Steuereffussverlauf mit Grundsteuern ab 1986



- Steuerkraftentwicklung Dübendorf vs. Kanton ab 1989
- Entwicklung verzinsliche Schuld ab 1986
- Aufwandveränderung Laufende Rechnung Planperiode
- Selbstfinanzierungsgrad und Steuerfuss Planperiode

Die Hochrechnung der Zahlen des aktuellen Jahres 2013 zeigt folgendes:

- Die Laufende Rechnung liegt aktuell mit ca. 1'795 Mio. über dem Voranschlag 2013 (Stand Ende August). Dieser Wert entspricht der gemeldeten Budgetüberschreitung der Primarschule.
- Die Investitionsrechnung wird rund 3.5 Mio. unter dem Voranschlag 2013 zu liegen kommen (Stand Ende August).
- Steuerertrag aus allen Kategorien beläuft sich Ende August rund 1.0 Mio. unter dem Voranschlag 2012. Gemäss einer Schätzung vom 2. Dezember 2013 wird der Wert zwischen 0.5 bis 1.0 Mio. sein.
- Die Grundstückgewinnsteuer liegt 0.5 Mio. über dem Voranschlag (Stand Oktober 2013).

Es wurden keine kurzfristigen Massnahmen ergriffen.

Der Voranschlag 2014 zeigt folgende Zahlen:

Nettoaufwand:	Fr.	-74'316'000.00	(+ 2.165 Mio. gegenüber Vorjahr)
Ertrag	Fr.	73'317'000.00	(- 0.817 Mio. gegenüber Vorjahr)
	Fr.	6'500'000.00	(+ 0.500 Mio. gegenüber Vorjahr)
Investitionen	Fr.	-14'307'000.00	(- 3.425 Mio. gegenüber Vorjahr)
Nettoergebnis	Fr.	- 2'682'000.00	(Aufwandüberschuss)
Verschuldung	Fr.	5'139'000.00	

Finanzvorstand Martin Bäumle führt folgende Schlussfolgerungen zum Voranschlag 2014 aus:

- Wachstumsprognose: Die Steuererträge 2013 werden erstmals tiefer oder gleich Voranschlag erwartet. Der Finanzplan wird aber unverändert optimistisch eingeschätzt gegenüber dem Vorjahres-Finanzplan.
- Die Grundsteuern werden auf 6.5 Mio. erhöht erwartet.
- Das Basisszenario ist mit vergleichbaren Risiken behaftet wie im Vorjahre.
- Der Aufwand aus der Laufenden Rechnung konnte nicht im Rahmen der Finanzplanung gehalten werden und wird trotz Budgetüberarbeitung um rund 2.165 Mio. deutlich überschritten.
- Die Investitionsrechnung sollte ab 2014 wegen Einzelposten weiter ansteigen (Birchlen, Alters- und Spitexzentrum, weitere Schulhäuser, Tiefbauten etc.)
- Wegen unveränderter Entwicklung der Einnahmen bei erhöhten Ausgaben sinkt der Cashflow gegenüber der Vorjahresprognose.
- Zielvorgaben des Stadtrates und die Budgetphase für den Voranschlag 2014 wirkten nur teilweise aufwanddämpfend.
- Die verzinslichen Schulden werden ansteigen, wobei dies immer noch aus den Vorjahres-Resultaten finanziert werden kann.
- Dübendorf ist finanziell nach positiven Jahren gut aufgestellt und kann eine gewisse Neuverschuldung verkraften.
- Die vorgenommenen Senkungen des Steuerfusses 2009 und 2012 bleiben nachhaltig, falls Steuern, aber vor allem auch die Aufwände in der Investitionsrechnung und Laufenden Rechnung im Rahmen des Finanzplans bleiben.

Zum Schluss seines Referats zeigt der Finanzvorstand die Ziele des Stadtrates im Finanzplan 2013 – 2017 auf und erklärt dabei auch, welche davon erreicht werden könnten und welche nicht:

1. Reduktion des Wachstums beim Nettoaufwand in der Laufenden Rechnung (möglich).
2. Die Nettoinvestitionen beim politischen Gut betragen nicht mehr als rund Fr. 60 Mio. (nicht möglich).
3. Es wird Kontinuität bei den jährlichen Investitionen angestrebt (nicht möglich).



4. Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 100 % im 5-Jahresmittel (nicht möglich).
5. Die Verschuldung beträgt am Ende der Legislaturperiode nicht mehr als Fr. 50 Mio. (möglich).
6. Es besteht keine Nettoschuld (möglich).
7. Erhaltung eines langfristig stabilen und attraktiven Steuerfusses (möglich).

Allgemeine Diskussion zur Eintretensdebatte

Andrea Kennel (SP/JUSO/Grüne)

„Ist es ein Problem, wenn eine grössere Budgetposition unerwartet um fast 20 % ansteigt? Im Zusammenhang mit dem Budget hat sich herausgestellt, dass die städtische Krippe ihre Tarife neu auf Monatsbasis verrechnet. Das bedeutet vor allem, dass auch Tage bezahlt werden müssen, wo Kinder nicht in den Krippen sind. Wenn wie bisher jemand sein Kind in den Schulferien nicht in die Krippe gegeben hat, bezahlte man bis anhin für 10 Monate Krippentarife. Neu werden 12 Monate verrechnet. Die Steigerung von 10 auf 12 Monate entspricht fast 20 %. Aber die Krippe soll auch etwas wert sein. Das Problem liegt aber mehr beim Budget. Und zwar nicht beim Budget der Stadt sondern beim Budget bei den einzelnen Familien. Viele Familien mit Kindern im Krippenalter haben ein relativ knappes Budget und müssen mit relativ knappen Finanzen leben. Wenn dann eine von den grösseren Ausgabenpositionen um 20 % steigt, kann dies zu einem Problem führen. Im Unterschied zu einer Gemeinde kann aber eine Familie nicht einfach den Steuerfuss erhöhen. Leider ist das auch nicht der einzige Aufschlag, welchen die Krippeneltern in den letzten Jahren tragen mussten. Die SP/JUSO/Grüne-Fraktion hofft aber, dass dies jetzt der letzte Aufschlag war und in Zukunft die Krippenfamilien von einem stabilen Tarif ausgehen können, so wie auch die Gemeinde auch von einem stabilen Steuerfuss ausgeht. Die Budgetdiskussion in der GRPK war sehr interessant. Interessant vor allem wenn man sieht, dass die GRPK keine wirklichen Kürzungsanträge stellt. Das bedeutet für mich, dass es an diesem Knochen wirklich nicht mehr so viel Fleisch hat. Dübendorf plant also nur dort Ausgaben wo diese gebunden oder absolut dringend und zwingend sind. Dass wir auch kein überschüssiges Geld haben zeigt, dass auch in der GRPK kein Antrag auf Steuerfussenkung gestellt wurde. Das bedeutet, die Steuereinnahmen genügen gerade knapp für das Dringendste. Wir stehen zwar finanziell gut da und haben ein Budget, welches wahrscheinlich von keiner Seite her wirklich in Frage gestellt wird. Doch leider haben wir auch einen Investitionsstau. Auf der vorher gezeigten Grafik haben wir gesehen, dass wir in letzter Zeit relativ wenig investiert haben. Nicht weil wir wenig investieren mussten, sondern weil einiges aufgeschoben wurde. Sei es wegen Diskussionen im Alters- und Spitexzentrum oder aus anderen Gründen wie bei Schulhäusern, der Glattbrücke, bei Strassen-sanierungen etc. Die nächsten Jahre werden etwas schwieriger, das haben wir auch bereits vom Finanzvorstand gehört. Aber heute schauen wir das Budget vom Jahr 2014 an. Und auch die SP/JUSO/Grüne-Fraktion ist nicht dafür, auf Vorrat Steuern anzuheben. Darum beantragen wir auch für das Budget 2014 noch keine Steuererhöhung.“

Hans Baumann (SP/JUSO/Grüne)

„Im Namen der Fraktion SP/Juso/Grüne möchte ich zum Voranschlag und vor allem dem Zusammenhang zwischen Voranschlag und mittelfristiger Finanzentwicklung Stellung nehmen. Der Stadtrat rechnet mit einem Fehlbetrag von Fr. 2.7 Mio. und einem deutlich sinkenden Selbstfinanzierungsgrad für 2014. Damit bestätigt sich ein Trend der sich auch in anderen Städte und Gemeinden abzeichnet: Die Steuereinnahmen steigen weniger stark als in den letzten Jahren, die Ausgaben steigen schneller, vor allem wegen Ausgabenposten, die kaum von uns beeinflusst werden können, sondern gebunden bzw. vom Kanton vorgegeben werden. Trotzdem erachtet unsere Fraktion die Finanzsituation der Stadt noch als befriedigend, eine Neuverschuldung ist im Moment nicht nötig. Wir werden also dem Voranschlag zustimmen und auch keinen Antrag auf Steuerfusserhöhung stellen. Was uns jedoch Sorgen macht, ist die mittelfristige Entwicklung. In unserer Stadt stehen grosse Investitionen an. Allein die Primarschule muss in den nächsten Jahren nötige Sanierung in der Höhe von fast Fr. 50 Mio. tätigen. Hinzu kommt das ASZ mit rund Fr. 40 Mio. An diesem Investitionsstau ist nicht zuletzt auch



der Stadtrat Schuld, der Investitionen vor sich hergeschoben anstatt rechtzeitig angepackt hat. Dadurch konnte man zwar schöne Rechnungen präsentieren, die Schulden abbauen und den Steuerfuss senken: Die Nachteile dieser Politik werden jetzt aus dem Finanzplan 2013-2017 ersichtlich. Es gibt einen riesigen Nachholbedarf bei den Investitionen. Das Sprichwort „Gouverner c'est prévoir“ scheint nicht der oberste Leitsatz unserer Stadtregierung zu sein. Ein Satz im Finanzplanbericht hat mich besonders stutzig gemacht: „Der Stadtrat kommt zur Einhaltung seiner (finanzpolitischen) Ziele nicht darum herum, das Investitionsprogramm zu priorisieren und das Volumen zu reduzieren.“ Offensichtlich will der Stadtrat, um sich in den nächsten vier Jahren möglichst wenig zu verschulden, bei den Investitionen weiter auf der Bremse bleiben, diese zwar angehen aber auf möglichst viele Jahre verteilen. Wir meinen, das geht so nicht. Jetzt muss gehandelt, die nötigen Investitionen sollen zeitig getätigt werden. Die Entwicklung der Finanzlage müssen wir in den nächsten Jahren sorgfältig verfolgen. Eine Finanzierung der nötigen Investitionen über Neuverschuldung ist nicht von vorneherein negativ. Um diese aber in Grenzen zu halten, werden wir Ende des nächsten Jahres genau schauen müssen, ob nicht auch eine Steuerfusserhöhung nötig ist. Im Moment verzichten wir aber aus den oben genannten Gründen auf einen solchen Antrag und stimmen dem Voranschlag und den Anträgen der GRPK zu.“

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Das Eintreten ist somit beschlossen.

b) Detailberatung

1.a) Laufende Rechnung, Seiten 4 bis 63

10 Präsidium und Planung, Seiten 12 bis 21 Keine Anträge, genehmigt.

11 Finanzen, Seiten 21 bis 28 Keine Anträge, genehmigt.

12 Hochbau, Seiten 28 bis 29 Keine Anträge, genehmigt.

13 Tiefbau, Seiten 30 bis 34

Die GRPK hat einen Änderungsantrag in den Konti 1332.4361 und 1332.4362 (Bestattungswesen).

GRPK-Präsident Hans-Felix Trachsler (SVP)

„Die GRPK beantragt folgende Änderungen der Laufenden Rechnung:

1. *Konto 1332.4361 (Bestattungswesen) Rückerstattungen Dritter (Bestattungskosten)*
Erhöhung Ertrag um Fr. 19'000
2. *Konto 1332.4362 (Bestattungswesen) Rückerstattungen Dritter (Familiengräber)*
Erhöhung Ertrag um Fr. 28'400

Die Anpassungen erfolgen nach Rücksprache mit der Exekutive, da es sich um eine Korrektur von Budgetierungsfehler handelt, die bei der Bearbeitung der GRPK aufgefallen sind.“

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine.

Stellungnahme Stadtrat

Keine.

Stellungnahme Mitglieder Gemeinderat:

Keine.

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK



Konto 1332.4361 (Bestattungswesen) Rückerstattungen Dritter (Bestattungskosten)
Antrag Stadtrat: Fr. 11'000.00 H 0 Stimmen
Änderungsantrag GRPK: Fr. 30'000.00 H 35 Stimmen

Konto 1332.4362 (Bestattungswesen) Rückerstattungen Dritter (Familiengräber)
Antrag Stadtrat: Fr. 17'400.00 H 0 Stimmen
Änderungsantrag GRPK: Fr. 45'800.00 H 35 Stimmen

Den beiden Änderungsanträgen der GRPK wird mit 35 zu 0 Stimmen zugestimmt.

keine weiteren Anträge zum Kapitel 13 Tiefbau.

14 Sicherheit, Seiten 34 bis 40 Keine Anträge, genehmigt.

15 Entsorgung und Betriebe, Seiten 40 bis 42 Keine Anträge, genehmigt.

16 Soziales, Seiten 42 bis 52 Keine Anträge, genehmigt.

17 Bildung und Jugend, Seiten 53 bis 54 Keine Anträge, genehmigt.

19 Primarschule, Seiten 54 bis 62

Die GRPK hat einen Änderungsantrag im Konto 1910.3520 (Sonderschulung).

GRPK-Präsident Hans-Felix Trachsler (SVP)

„Konto 1910.3520 (Sonderschulung) Schulgelder an öffentliche Sonderschulen und Heime in anderen Gemeinden

Erhöhung Aufwand um Fr. 341'000

Die kantonal festgelegten Versorgertaxen, gültig ab 01.01.2014, wurden erst nach Verabschiedung des Voranschlags durch den Stadtrat festgelegt, so dass eine Budgetanpassung aus Gesamtsicht sinnvoll ist. Allerdings erscheint dem Aussenstehenden eine Kostenerhöhung im Bereich der Tagessonderschule von 16 % massiv. Die Präsidentin der Primarschulpflege unterstützt den GRPK-Antrag.“

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine.

Stellungnahme Stadtrat

Keine.

Stellungnahme Mitglieder Gemeinderat:

Keine.

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Konto 1910.3520 (Sonderschulung) Schulgelder an öffentliche Sonderschulen und Heime anderer Gemeinden

Antrag Stadtrat: Fr. 2'560'000.00 S 0 Stimmen
Änderungsantrag GRPK: Fr. 2'901'000.00 S 35 Stimmen

Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 35 zu 0 Stimmen zugestimmt.

keine weiteren Anträge zum Kapitel 19 Primarschule.



Zwischenabstimmung über die bereinigte Rechnung

Zustimmung Laufende Rechnung	35	Stimmen
Ablehnung Laufende Rechnung	0	Stimmen

Der Laufenden Rechnung inklusive der beschlossenen Änderungen wird mit 35 zu 0 Stimmen zugestimmt.

1.b) Investitionsrechnung, Seiten 86 bis 88

Es gibt keine Änderungsanträge zur Investitionsrechnung.

Zwischenabstimmung Investitionsrechnung:

Der Gemeinderat stimmt der Investitionsrechnung mit 35 zu 0 Stimmen zu.

2. Steuern

Referat GRPK Hans-Felix Trachsler (SVP)

„Die GRPK unterstützt die stadträtliche Politik, wonach der Steuerfuss im Mehrjahresvergleich möglichst konstant sein sollte. Die Rechnungsergebnisse der Stadt Dübendorf waren in den letzten Jahren mehr als nur erfreulich und es gelang, das Fremdkapital markant zu reduzieren. Das verzinssliche Fremdkapital beträgt derzeit gut Fr. 22 Mio.; ein Betrag, der seit Jahren nicht mehr so tief war. In den nächsten Jahren stehen bedeutende Investitionsvorhaben auf der Agenda. Noch ist nicht klar, ob alle Projekte gleichzeitig umgesetzt werden können. Bei grösseren Vorhaben sind Verzögerungen nicht auszuschliessen. Die GRPK erachtet es als vertretbar, den Steuerfuss zu belassen, obwohl die finanzpolitischen Ziele des Stadtrat im Bereich der Investitionsfinanzierung – es wird ein Selbstfinanzierungsgrad von >100 % im Mittel der 5-jährigen Planperiode angestrebt – nicht erreicht werden. Die tiefe Verschuldung der Stadt erlaubt, einen Teil der anstehenden Investitionen fremd zu finanzieren. Die Kapitalmarktzinsen sind derzeit extrem tief, so dass der zusätzliche Zinsaufwand nicht stark ins Gewicht fällt. Die GRPK beantragt dem Gemeinderat, dem stadträtlichen Antrag zu folgen.

Bevor wir zu den Schlussabstimmungen kommen, folgen noch ein paar Worte in eigener Sache: Bald stehen Erneuerungswahlen an. Persönlich wirke ich seit 16 Jahren in der GRPK. In den letzten 8 Jahren durfte ich diese vorberatende Kommission leiten. Eine Aufgabe, die spannend und vielseitig ist und mir immer viel Freude bereitete. Im kommenden Frühling trete ich aus der GRPK zurück und übergebe deshalb die Leitung an einen anderen Gemeinderat. Heute Abend habe ich Ihnen zum letzten Mal einen Voranschlag vorgestellt. Es ist nun an der Zeit, Ihnen allen meinen nachhaltigen und verbindlichen Dank auszusprechen. Er gilt insbesondere

- Allen Kolleginnen und Kollegen in der GRPK, wir haben stets offen und gut zusammengearbeitet, intensiv diskutiert und fair um Lösungen gerungen.
- Dem Stadtrat, wo ich stets offene Türen für meine Anliegen fand.
- Den Kadermitarbeiter der Stadtverwaltung, wo ich immer konstruktive und nachhaltige Unterstützung für die Erledigung meiner Aufgaben erhalten habe.“

Weitere Anträge / Allgemeine Diskussion:

Keine.

Schlussabstimmung Steuerfuss



Zustimmung zum Antrag des Stadtrates und der GRPK mit einem Steuerfuss von 86 %	35	Stimmen
Ablehnung des Antrags des Stadtrates und der GRPK mit einem Steuerfuss von 86 %	0	Stimmen

Der Gemeinderat hat für die politische Gemeinde einen Steuerfuss von 86 Prozent festgelegt.

Schlussabstimmung Voranschlag 2014

Zustimmung zum Voranschlag 2014 (inkl. Änderungen in der Laufenden Rechnung / Investitionsrechnung) und einem Steuerfuss von 86 %	35	Stimmen
Ablehnung des Voranschlags 2014 (inkl. Änderungen in der Laufenden Rechnung / Investitionsrechnung) und einem Steuerfuss von 86 %	0	Stimmen

Der Gemeinderat stimmt dem geänderten Voranschlag 2014 mit einem Steuerfuss von 86 Prozent mit 35 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss:

Der Gemeinderat **beschliesst**:

- den Voranschlag 2014 des Politischen Gutes mit folgender Änderung in der Laufenden Rechnung zu genehmigen:
Konto 1332.4361 (Bestattungswesen) Rückerstattungen Dritter (Bestattungskosten):
Erhöhung von Fr. 19'000.00 auf neu Fr. 30'000.00
Konto 1332.4362 (Bestattungswesen) Rückerstattungen Dritter (Familiengräber):
Erhöhung von Fr. 28'400.00 auf neu Fr. 45'800.00
Konto 1910.3520 (Sonderschulung) Schulgelder an öffentliche Sonderschulen und Heime in anderen Gemeinden:
Erhöhung von Fr. 341'000.00 auf neu Fr. 2'901'000.00
- eine Steuer für die Politische Gemeinde von 86 % zu erheben, berechnet auf der Grundlage eines mutmasslichen Steuerertrages zu 100 % von 59'450'000 Franken
- den Stadtrat zu ermächtigen, zur Realisierung von Projekten, für die entsprechende Beschlüsse vorliegen, die notwendigen Darlehen aufzunehmen.

Die Richtigkeit bescheinigt

Beatrix Peterhans
Gemeinderatssekretärin